

Redebeitrag

Plenum, 29.01.2018

Dok.203 – Billigung des Zusammenarbeitsabkommens im Rahmen der der Umsetzung der Richtlinie 2014/61/EU des Europäischen Parlaments über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation
-Alain Mertes-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wie wir eben gehört haben, handelt es sich bei diesem Dekret um ein Zusammenarbeitsabkommen, bei dem es darum geht, eine EU-Richtlinie umzusetzen, die die Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen zum Ziel hat. Wie Herr Braem eben erklärte, geht es auch darum, eine Streitbeilegungsstelle für Netzinfrastruktur einzurichten.

Prinzipiell ist das eine sehr sinnvolle Sache. Frau Weykmans hatte im Ausschuss II bei der Vorstellung dieses Dekretes auch Beispiele angeführt. Es ging beispielsweise darum, wenn Proximus als größter Netzbetreiber in Belgien Daten zu seinen Netzen nicht freigibt, obschon andere, unabhängigen oder privaten Anbietern von Telekommunikation auf diese Netze zurückgreifen müssen und dadurch quasi ausgebremst werden. Die Streitbeilegungsstelle soll solche Fälle klären, bevor man vor einem ordentlichen Gericht klagt.

Das hört sich alles zuerst einmal ganz sinnvoll an und ist auch nachvollziehbar, nur finde ich einen Aspekt in dieser Geschichte sonderbar. Nämlich wenn es sich um Proximus handelt, ist es so, dass der belgische Staat Hauptaktionär ist und zwar mit 53,5% der Aktien. Was das Stimmrecht des Staates betrifft, sind es sogar 56,1%. Dies ist im Übrigen ähnlich bei anderen Netzanbietern wie VOO oder Telenet.

Gerade am Beispiel von Proximus hört man immer wieder, dass es zu Problemen kommt und auch, dass die Qualität der Datenübertragung anderer Anbieter scheinbar ausgebremst wird. Dies ist natürlich schwer nachvollziehbar. Wenn ja schon der Staat jetzt eine solche Streitbeilegungsstelle einrichtet und selbst als Hauptaktionär seinen Einfluss nicht geltend macht, um solche Fälle gar nicht aufkommen zu lassen, so ist dies doch unlogisch.

Ich stelle mir die Frage, welche Interessen dort vorherrschen, da man als Anteilhaber bei Proximus nicht von innen heraus diese Probleme, auch jene, die Frau Creutz anspricht, angeht. Dann erscheint mir eine Streitbeilegungsstelle irgendwie etwas unglaubwürdig. Aus diesem

Fraktion im PDG V.o.G.

Grund können wir diesem Dekret nicht zustimmen und werden uns bei der Abstimmung enthalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Alain Mertes
Vivant-Fraktion